

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 29

FREITAG, DEN 12. APRIL

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Dritte Berichtigung des Landschaftsprogramms	593	Öffentliche Zustellung	594
Öffentliche Beratung des Tagesordnungspunktes „Bebauungsplanentwurf Altona-Nord 26 (Mitte Altona)“ in der Kommission für Stadtentwick- lung	593	Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungs- plan-Entwurf Billstedt 105 (Neues Wohnen an der Möllner Landstraße)	594
Öffentliche Zustellung	593	Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklä- rungen für die Hamburger Stadtentwässerung berechtigten Personen	594

BEKANNTMACHUNGEN

Dritte Berichtigung des Landschaftsprogramms

Das Landschaftsprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 14. Juli 1997 (HmbGVBl. S. 363) ist im Bereich zwischen Holsteinischer Kamp – Marschnerstraße – Glückstraße – Wagnerstraße – Louis-Braille-Platz (U-Bahn Hamburger Straße) in Barmbek-Süd (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 422) berichtigt worden.

Für die Fläche wurde der Bebauungsplan Barmbek-Süd 32 im beschleunigten Verfahren nach § 13 a des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), aufgestellt und ist am 15. März 2013 (HmbGVBl. S. 85) in Kraft getreten.

Das Landschaftsprogramm wurde gemäß § 5 Absatz 5 Nummer 3 HmbBNatSchAG entsprechend des oben benannten verbindlichen Planrechts in Teilen des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Barmbek-Süd 32 angepasst.

Im Landschaftsprogramm wird das Milieu „Verdichteter Stadtraum“ dargestellt. Der Bereich des Plangebiets wird in das Milieu „Etagenwohnen“ berichtigt.

In der Karte Arten- und Biotopschutz wird entsprechend der Biotopentwicklungsraum 12 „Städtisch geprägte Bereiche mit mittlerem bis geringem Grünanteil“ im Bereich der Berichtigung dargestellt.

Entsprechende Informationen zur Berichtigung des Landschaftsprogramms können beim Staatsarchiv und beim örtlich zuständigen Bezirksamt kostenfrei eingesehen werden.

Hamburg, den 4. April 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 593

Öffentliche Beratung des Tagesordnungspunktes „Bebauungsplan- entwurf Altona-Nord 26 (Mitte Altona)“ in der Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission für Stadtentwicklung führt am Montag, dem 29. April 2013, um 19.00 Uhr über den Tagesordnungspunkt „Bebauungsplanentwurf Altona-Nord 26 (Mitte Altona) – Unterrichtung über die öffentliche Plandiskussion und Erörterung des Ergebnisses“ eine öffentliche Beratung durch. Die Veranstaltung findet im Rathaus, Raum 151, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, statt.

Hamburg, den 8. April 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 593

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Björn Schwarz, geboren am 29. März 1979, zuletzt wohnhaft Rambachstraße 7, 20459 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 16. April 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 30. April 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 19. März 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 593

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Aloysius Obigwe, geboren am 1. September 1966, zuletzt wohnhaft Postelstweg 6, bei Anyiam Azuka, 22111 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 16. April 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 221, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 30. April 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 19. März 2013

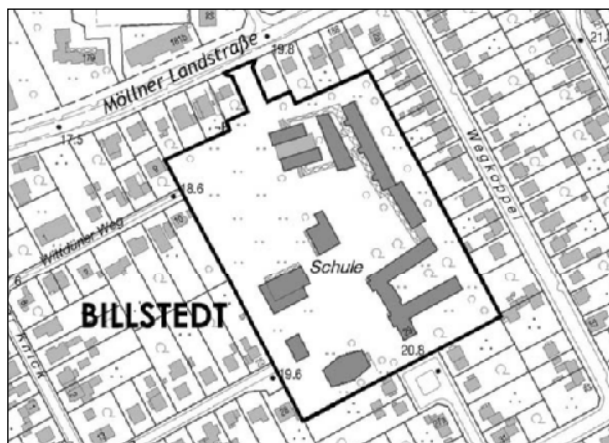
Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 594

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Billstedt 105 (Neues Wohnen an der Möllner Landstraße)

Der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung laden die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer öffentlichen Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Billstedt 105 mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) ein. Die Veranstaltung findet am 24. April 2013, um 19.30 Uhr im Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg, statt. Anschauungsmaterial kann ab 18.45 Uhr vor Ort eingesehen werden.

Das Plangebiet umfasst das Flurstück 1168 (ehemalige Schulfläche) am Oststeinbeker Weg 29 der Gemarkung Kirchsteinbek. Durch den Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Billstedt 105 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für neues Wohnen geschaffen werden. Infolge des aktuellen Schulentwicklungsplans ist der Standort für die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) nun entbehrlich geworden, so dass die Flächen nun einer Wohnnutzung zugeführt werden können. Auf dem Gelände sollen verdichtetes, eigentumsbezogenes Wohnen mit unterschiedlichen Angeboten (Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern) entstehen. Der Bereich der Aula (einschließlich Pavillon) soll für kirchliche und soziale Zwecke überplant werden.



Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13 a BauGB als sogenannter Bebauungsplan der Innenentwicklung durchgeführt.

Zur öffentlichen Unterrichtung und Erörterung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Informationen zum Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Bezirksamt Hamburg-Mitte – Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung – unter der Rufnummer 040/4 28 54 - 33 81.

Hamburg, den 3. April 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 594

Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Hamburger Stadtentwässerung berechtigten Personen

Nach § 10 des Gesetzes über die Hamburger Stadtentwässerung (SEG) vom 20. Dezember 1994 (HmbGVBl. S. 435) in Verbindung mit § 2 der Satzung der Hamburger Stadtentwässerung vom 28. März 1995 (HmbGVBl. S. 69) bedürfen Erklärungen, durch die die Hamburger Stadtentwässerung privatrechtlich verpflichtet werden soll, der schriftlichen Form. Sie sind nur wirksam, wenn sie von zwei Mitgliedern der Geschäftsführung oder von zwei Personen entsprechend der von der Geschäftsführung gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 der Satzung beschlossenen Vertretungsregelung unterzeichnet sind.

Sofern Verpflichtungserklärungen der Hamburger Stadtentwässerung nicht gemeinsam von den beiden Geschäftsführern

– Herrn Dr. Michael Beckereit und
Frau Nathalie Leroy –

abgegeben werden, sind Verpflichtungserklärungen der Hamburger Stadtentwässerung gegenüber Dritten gültig, wenn sie von zwei ermächtigten Angestellten oder einem ermächtigten Angestellten zusammen mit einem Geschäftsführer unterzeichnet sind.

Die von der Geschäftsführung gemäß § 10 SEG und § 2 der Satzung ermächtigten Angestellten, auf die sich die Vertretungsbefugnis erstreckt, werden nachstehend namentlich genannt.

1. Ermächtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Stadtentwässerung:

A	C
Anger, Zora	Calmer, Thomas
Augustin, Dr., Kim E.	Carstensen, Iris
Auksutat, Matthias	Ciossek, Melanie
B	D
Baresel, Nicole	Dikomey, Andreas
Baumgart, Jens	E
Bellin, Katja	Ebeloe, Andrea
Bettac, Michael	Eifler, Dr., Dirk
Bischoff, Gerrit	Erdmann, Henning
Brücker, Reinhard	Ewert, Christoph
Brunner, Dr., Johannes	F
Buchner, Wolfgang	Fenner, Jennifer
Buddrus, Birgit	Fittkau, Mathias
Buhr, Doris	Frank, Marco
Burkhardt, Klaus	

Fricke, Phillip
Fröbe, Katja
Fürstenau, Olaf

G

Garleff, Lüder
Gerke, Ulrike
Giese, Thomas
Gilles, Andreas
Großkreutz, Niels
Grossmann, Dr., Jörg
Gubner, Peter
Gudra, Ingo
Gunkel, Dr., Judith
Günner, Christian

H

Hacker, Jörn
Hanßen, Harald
Harling von, Georg
Haskamp, Thorsten
Hein, Paul
Hense, Ralf
Hildebrandt, Thomas
Hoffmann, Sigurd
Hübner, Rainer
Hünemeyer, Cornelius

J

Jäger, Enno
Janke, Andrea
Jüntgen, Kai

K

Kahl, Matthias
Kauffert, Roland
Kaya, Kirsten
Kerkow, Ralph
Keuchel, Manfred
Kilgast, Nadine
Kollenkarn, Thies-Uwe

Köller, Gabriele
Koszinski, Karl-Ludwig
Kreska, Stefan
Krieger, Klaus
Kröger, Olaf
Kröger, Rainer
Kröning, Dr., Helmut
Kuchenbecker, Andreas

L

Ladiges, Dr., Gösta
Lenz, Joachim
Lenz, Steffi
Lohse-Thiele, Kristina
Lucks, Frauke

M

Matenaar, Christian
Meyer, Thomas
Meyerding, Kaija
Mielke, Thomas

O

Oevermann, Wilfried
Ohle, Andreas
Olivier, Mischa
Osterkrüger, Susanne

P

Petersen, Philip
Pinna, Olaf
Pohl, Carsten
Policke, Nadja
Pusch, Helmut
Pütter, Manfred
Puttmann, Peter

R

Raddatz, Helge
Redmann, Bernd
Redzinski, Eva
Reinhardt, Dr., Heiko

Reuter, Silvia
Ritscher, Maik
Rixen, Hans-Christian
Roth, Carsten
Rubach, Dr., Henning

S

Schemme-Westermann,
Bärbel
Schenk, Hartmut
Schierholz, Alexandra
Schlapkohl, Frank
Schmachtel, Ralf
Schonlau, Burkhard
Schultz, Julian
Schulz, Christian
Schuylenburg, Gerd
Schwelgin, Anka
Sellmann, Heiko
Seutter, Ralf
Skambraks, Anne-Katrin
Sobottka, Isabell
Sobottka, Matthias
Sörensen, Arne

Sornkhom, Sabine
Stapel, Wolfgang
Steinhagen, Holger
Stenbuck, Solveig
Stöck, Anika
Stoll, Silke

T

Taschendorf, Manfred
Thoms, Dagmar

V

Vetter, Burkhard
Vetter, Lars
Vieth, Hans-Joachim

W

Waldhoff, Axel
Welzel, Silke
Witte, Gernot
Wolff, Reinhard
Wriegt, Jutta

Z

Zacharias, Dr., Bernd
Zimmermann, Daniel
Zurheiden, Manfred

2. Für Arbeitsverträge sind nur zeichnungsbefugt:

Ebeloe, Andrea
Eckert, Jürgen
Gerke, Ulrike
Pusch, Helmut
Schmachtel, Ralf

Die am 31. Januar 2012 im Amtl. Anz. S. 136 f. veröffentlichten Vertretungsbefugnisse werden hiermit widerrufen.

Hamburg, den 15. März 2013

Hamburger Stadtentwässerung
– Geschäftsführung –

Amtl. Anz. S. 594

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Referat für Einkaufs- und Ausschreibungsdienste
Zu Händen Herrn Axel Freese
Telefon: +49/040/4 28 23 - 20 12
Telefax: +49/040/4 28 23 - 13 64
E-Mail: axel.freese@fb.hamburg.de
Internet-Adresse:
www.ausschreibungen.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

Sonstige: siehe Anhang A.I

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Sonstige: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Sonstige: siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Glas- und Gebäudereinigungsleistungen in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Finkenau 35, 22081 Hamburg, für die Zeit ab 1. Dezember 2013 bis auf Weiteres.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 14

Gebäudereinigung und Hausverwaltung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Glas- und Gebäudereinigungsleistungen in einer Hochschule.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 90919300

Ergänzende Gegenstände: 90911300

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein****II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein****II.2) Menge oder Umfang des Auftrags****II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Gebäudereinigung:

Gesamt = Fläche ca. 9772 m²

Glasreinigung:

Gesamt = Fläche ca. 2607 m²

Kugellampen: 89 Stück

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein**II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**III.1) Bedingungen für den Auftrag****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –****III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –****III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –****III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden gegebenenfalls von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird gegebenenfalls eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Sofern ein Bieter bis zum Einreichungstermin keine Reinigungsaufträge für die FHH ausgeführt hat, sind möglichst aktuelle Referenzen über anderweitige gleichartige Reinigungsdienstleistungen (möglichst in vergleichbaren Objekten) beizubringen (Aufstellung mit Adresse, Name des aktuellen Ansprechpartners, Telefon). Bieter, die sich in den letzten 12 Monaten im Bereich „Gebäudereinigung“ betätigt haben und sich in diesem Zeitraum um öffentliche Aufträge beworben haben, können sich auf frühere Angaben beziehen, sofern sich zwischenzeitlich keine Änderungen ergeben haben. Die Finanzbehörde behält sich vor, nach Angebotsabgabe von den aussichtsreichen Bietern auf gesonderte Anforderung entsprechende Bescheinigungen: Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuer-sachen in aktueller Fassung (nicht älter als 1 Jahr), Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkasse in aktueller Fassung (nicht älter als 1 Jahr), Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft in aktueller Fassung (nicht älter als 1 Jahr) abzufordern.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) erwartet die Anwendung neuester Techniken und Erkenntnisse des Gebäudereinigerhandwerks und verlangt mit den Reinigungsleistungen nicht nur die Erbringung von säubernden, sondern auch von pflegenden und substanzerhaltenden Tätigkeiten. Aus diesem Grund werden gesteigerte Voraussetzungen an das Vorliegen der Fachkunde geknüpft. Fachkundig ist der Bieter, der durch Vorlage einer Kopie seiner gültigen Handwerkskarte der zuständigen Handwerkskammer die Eintragung als zulassungsfreies Handwerk „Gebäudereiniger“ belegt. Darüber hinaus ist der Nachweis zu führen, dass der Inhaber des Reini-

gungsunternehmens über eine abgeschlossene Berufsausbildung im Gebäudereinigerhandwerk (Geselle/Gesellin im Gebäudereinigerhandwerk) verfügt oder der Betrieb an verantwortlicher Stelle durch eine(n) Gesellen/Gesellin geführt wird. Bieter aus dem Ausland können ihre Fachkunde durch die Beschäftigung eines Gesellen/Gesellin im Gebäudereinigerhandwerk an verantwortlicher Stelle. In den Vergabeunterlagen sind Fragen zum Reinigungsverfahren, zur Verwendung der Reinigungsmittel und zum Geräte- und Maschineneinsatz zu beantworten. Leistungsmängel und negative Erfahrungen der FHH mit einem Bieter, die sich auf Reinigungsverträge in der Vergangenheit beziehen, finden im Rahmen der Eignungsprüfung ebenfalls Berücksichtigung und können die Leistungsfähigkeit eines Bieters bis hin zum Angebotsausschluss beeinträchtigen. U.a. begründen Abmahnungen und fristlose Kündigungen in jüngerer Vergangenheit wegen mangelnder Reinigungsleistung eines Bieters eine genaue Überprüfung durch die Vergabestelle. Unter Zugrundelegung der Unternehmensverhältnisse zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe wird dann in Einzelprüfung festgestellt, ob das Angebot wegen der in der Vergangenheit aufgetretenen Mängel und negativen Erfahrungen von der weiteren Wertung ausgeschlossen wird.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Nein

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 2013000021

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: –

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 5,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei. Die Ausschreibungsunterlagen können dort auch schriftlich gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die

Finanzbehörde Hamburg,
Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100,
Postbank Hamburg
Kontonummer 391336-206, BLZ 200 100 20
IBAN-Nummer : DE02 2001 0020 0391 3362 06,
BIC: PBNKDEFF (für ausländische Bieter)

unter der Projektnummer 2013000021 angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

29. Mai 2013, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 30. November 2013

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:** Nein

VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Deutschland

Telefon: +49 / 40 / 4 28 23 - 14 48

Telefax: +49 / 40 / 4 28 23 - 20 20

E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

Internet-Adresse: http://www.hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
3. April 2013

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Referat für Einkaufs- und Ausschreibungsdienste

Zu Händen Herrn Axel Freese

Telefon: +49/040/4 28 23 - 20 12

Telefax: +49/040/4 28 23 - 13 64

E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

<http://www.ausschreibungen.hamburg.de>

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg,

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Hauptgeschäftsstelle

Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 80

Telefax: +49/040/4 28 23 - 14 02

E-Mail:

finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg,

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Hauptgeschäftsstelle

Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 80

Telefax: +49/040/4 28 23 - 14 02

E-Mail:

finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de

Hamburg, den 5. April 2013

Die Finanzbehörde

334

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,

FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,

FB SBH | Schulbau Hamburg,

U 40, Einkauf/Vergabe,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,

Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber
Erweiterung der Grundschule Eckerkoppel am Standort Berner Heerweg 99, Hamburg – Objektplanung gemäß § 33 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio.m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 2,2 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, die Grundschule Eckerkoppel am Standort Berner Heerweg 99 zu erweitern. Die Erweiterung besteht aus einem Ess- und Koordinierungsbereich mit Küche, einem Unterrichtsraum mit Sammlung sowie Verwaltungsflächen. Folgende Gebäude sollen für die Schaffung der neuen Flächen abgebrochen werden: Pausenhalle mit der Verwaltung, Klassengebäude (Pavillons), Werkdienstwohnung sowie Container. Der Auftraggeber wünscht die Schaffung eines neuen zentralen Schulhofes. Des Weiteren ist die Aufteilung der neu zu schaffenden Flächen in zwei Baukörper gewünscht. Der Ess- und Koordinierungsbereich mit Küche und die Gemeinschaftsfläche sowie der Musikraum sollen in einem Baukörper untergebracht werden. Die weiteren Flächen sowie die Werkdienstwohnung sollen in einem zweiten Baukörper erstellt werden. Die Fertigstellung des Neubaus mit Verwaltung, Klassenräumen und Werkdienstwohnung muss bis Mitte 2015 erfolgen. Der Neubau mit Ess- und Koordinierungsbereich mit Küche, Pausenhalle/ Musik und Abbruch Pavillon muss bis Ende 2015 fertig gestellt sein. Um die Kosten- und Zeitvorgaben zu erfüllen strebt der Auftraggeber eine innovative Baukonstruktion zum Kostengünstigen und Zeitsparenden Bauen an. Die Maßnahme erfolgt bei laufendem Schulbetrieb, zu-

dem befindet sich auf dem Gelände ein Kindergarten, der von einem privaten Träger betrieben wird. Für die Gesamtmaßnahme ist gemäß Auftragsbeschreibung ein Investitionsvolumen von ca. 4,39 Mio. Euro (brutto; KG 200 bis 700 gem. DIN 276) geschätzt. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch die D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beraten. Das Bauvorhaben wird durch den Projektsteuerer Witte Projektmanagement GmbH, Herrn Ossmann, in seiner Funktion als bevollmächtigter Bauherrenvertreter gesteuert. Vor diesem Hintergrund wird dieser die Vergabestelle auch im Rahmen des VOF-Verfahrens fachinhaltlich unterstützen und beraten.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1 bis 2 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung;
- Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 220.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 30 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Versicherungsnach-

weise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.).

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtlich mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;

– Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);

– Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);

– Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);

– Anlage 1 F: Angaben zu Auftrags teilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);

– Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);

– Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;

– Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);

– Anlage 3 B: Darstellung zweier vergleichbarer Referenzprojekte mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfas-

sende Bankerklärung (mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden).

- B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gemäß § 33 HOAI in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011; 2012). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 220.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind zudem die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Architekt/in für die Leistungen gemäß § 33 HOAI Objektplanung.
- B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei vergleichbare Projekte für den Leistungsbe-
reich gem. § 33 HOAI. Beide Projekte müssen innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gemäß HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 und 400 gemäß DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGfA gemäß DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und gegebenenfalls beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern, mit Neubau sowie mit Bauvorhaben für das Bildungswesen nachzuweisen.
- C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind im Bereich Objektplanung gemäß § 33 HOAI mindestens

2 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 33 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.

- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. § 33 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	10 %
2. Qualität	20 %
3. Ästhetik	15 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	15 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 011/2013

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 29. April 2013, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

6. Mai 2013, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 29. Mai 2013

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 22. Kalenderwoche 2013; Einreichung der Honorarangebote in der 25. Kalenderwoche 2013; Verhandlungsgespräche in der 27. Kalenderwoche 2013.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

4. April 2013

Hamburg, den 5. April 2013

Die Finanzbehörde

335

**Bekanntmachung über zusätzliche Informationen,
Informationen über nichtabgeschlossene Verfahren
oder Berichtigung**

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Einkaufs- und Ausschreibungsdienste
 Zu Händen von: Frau Christa Trenkle
 E-Mail: Christa.Trenkle@fb.Hamburg.de
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 13 54
 Telefax: +49/040/4 28 23 - 13 64

Internet-Adresse:

<http://www.financebehoerde.hamburg.de>

Adresse des Beschafferprofils:

<http://www.ausschreibungen.hamburg.de>

I.2) Art der beschaffenden Stelle:

Öffentlicher Auftraggeber

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Lieferung und betriebsfertige Aufstellung von Bildschirm-Arbeitsplatzausstattungen inklusive Zubehör an alle Schulen, Dienststellen, Landesbetriebe sowie den Anstalten des öffentlichen Rechts (HPA, HVF) der Freien und Hansestadt Hamburg.

II.1.2) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens (siehe Angaben in der ursprünglichen Bekanntmachung):

Rahmenvertrag über die Lieferung und betriebsfertige Aufstellung von Bildschirmarbeitsplatzmobiliar für alle Schulen, Dienststellen, Landesbetriebe sowie den Anstalten des öffentlichen Rechts (HPA, HVF) der Freien und Hansestadt Hamburg. Es wurden 5 Lose gebildet. Los 1 und 2 bestehen aus PC-Arbeitsschreibtischen mit Zubehör und Schreibtischcontainern. Los 1 und 2 werden als Gesamtleistung vergeben, da diese Möbel ein in sich geschlossenes Programm bzw. eine Einheit bilden und nicht von unterschiedlichen Herstellern geliefert werden sollen.

Los 3: Elektromotorisch höhenverstellbare Arbeitstische mit Zubehör wird als Einzelleistung vergeben.

Los 4: Weiteres Mobiliar und Zuhör besteht aus unterschiedlichen Hochcontainern mit Zubehör. Dieses Los wird als Einzelleistung vergeben.

Los 5 besteht aus einem Stehschreibpult und ergonomischen Konzeptaltern.

II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 39130000

Ergänzende

Gegenstände: 39134000
 39132200
 39132500
 39134100

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Aktenzeichen (siehe Angaben in der ursprünglichen Bekanntmachung): 2013000029

IV.2.2) Referenznummer der Bekanntmachung für elektronisch übermittelte Bekanntmachungen:
 eNotices

Login: ENOTICES_ChristaTrenkle

Referenznummer der Bekanntmachung:

2013-038168

IV.2.3) Bekanntmachung, auf die sich diese Veröffentlichung bezieht:

Bekanntmachungsnummer im ABl:
 2013/S 058-095477 vom: 22. März 2013

IV.2.4) Tag der Absendung der ursprünglichen Bekanntmachung: 19. März 2013

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**VI.1) Diese Bekanntmachung bezieht sich auf:**

Berichtigung

VI.2) Informationen über nichtabgeschlossene Vergabeverfahren: –**VI.3) Zu berichtende oder zusätzliche Informationen:**

VI.3.1) Änderung der ursprünglichen Informationen, die vom öffentlichen Auftraggeber übermittelt wurden.

VI.3.2) In der ursprünglichen Bekanntmachung

VI.3.3) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtender Text:

Stelle des zu berichtenden Textes:

Anstatt:

Abschnitt IV: Verfahren

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 14. Mai 2013

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 14. Mai 2013

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 5,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für den Dienst Ausschreibungen registrieren und erhalten dort die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei. Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die

Finanzbehörde Hamburg,
 Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100,

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg
(Postbank Hamburg,
Kontonummer 391336206, BLZ 200 100 20;
für ausländische Bewerber:
IBAN-Nummer: DE02 2001 0020 0391 336206,
BIC: PBNKDEFF),
unter der Projektnummer: 2012000085 angefordert
oder von Montag bis Freitag von 9–14 Uhr
eingesehen oder erworben werden.

muss es heißen:

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 14. Mai 2013

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 5,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für den Dienst Ausschreibungen registrieren und erhalten dort die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei. Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die

Finanzbehörde Hamburg,
Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100,
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg
(Postbank Hamburg,
Kontonummer 391336206, BLZ 200 100 20;
für ausländische Bewerber:
IBAN-Nummer: DE02 2001 0020 0391 336206,
BIC: PBNKDEFF),

unter der Projektnummer: 2013000029 angefordert
oder von Montag bis Freitag von 9–14 Uhr
eingesehen oder erworben werden.

VI.4) **Weitere zusätzliche Informationen:** –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
5. April 2013

Hamburg, den 5. April 2013

Die Finanzbehörde

336

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg
Telefon: 040/4 28 01 - 27 87, Telefax: 040/4 28 01 - 19 97
E-Mail: marlies.thiele@eimsbuettel.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Straßenbauarbeiten
- e) Hamburg, Stadtteil Stellingen, Pinguinweg
- f) Vergabenummer: **009-013**
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn: Juni 2013, Ende: Oktober 2013
- j) Entfällt

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 18. April 2013 bis 2. Mai 2013 (10.30 Uhr), von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr, außer freitags. Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 21,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: Kasse Hamburg

Kontonummer: 20001583, BLZ: 200 000 00

Geldinstitut: Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: Referenz 4090830000089

Debeitor: 2100102220, Schlüssel Nr. 1001217

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a) schicken

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 2. Mai 2013, 10.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Eimsbüttel

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Eröffnungsstelle, Raum 1038

Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 2. Mai 2013 um 10.30 Uhr. Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) keine

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 3. Juni 2013.

w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Eimsbüttel

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Dezernent/in

Hamburg, den 4. April 2013

Das Bezirksamt Eimsbüttel

337

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Finanzbehörde Hamburg versteigert am 23. April 2013 um 9.00 Uhr in Hamburg-Lokstedt, Wehmerweg 9 diverse **Pkw, Kräder, Lkw, Löschfahrzeuge, Schlepper, Müllwagen** und anderes mehr. Besichtigung dort am 22. April 2013 von 8.00 bis 14.00 Uhr sowie eine Stunde vor der Versteigerung. Näheres: Rödingsmarkt 2, Zimmer 125, Telefon: 040/4 28 23 - 13 71. (siehe auch im Internet unter: www.ausschreibungen.hamburg.de).

Hamburg, den 8. April 2013

Die Finanzbehörde

338

Öffentlicher Teilnahmewettbewerb

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte beabsichtigt die Bereitstellung von Wohn- und Sanitärcontainern (etwa 21 bis 24 Standorte) sowie teilweise Fäkalientanks/Chemie-WC's im Rahmen des Winternotprogramms für obdachlose Menschen (Zeitraum: 1. November 2013 bis 15. April 2014). Hierzu werden die interessierten Firmen gebeten, sich im Rahmen eines öffentlichen Teilnahmewettbewerbs schriftlich bei der unten angegebenen Stelle zu melden, bei der auch eine detaillierte Leistungsbeschreibung schriftlich angefordert, eingesehen oder persönlich abgeholt werden kann.

Berücksichtigt werden Meldungen bis zum 31. Mai 2013. Wenden Sie sich hierfür bitte an: Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Grundsicherung und Soziales, Hilfe für Wohnungslose ohne bezirklichen Bezug, Schopenstehl 24,

20095 Hamburg, Stichwort: Winternotprogramm. Ansprechpartner ist Frau Nowack, Telefon: 040/4 28 54 - 37 58.

Hinweis:

Die Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes ergeht nach Abschluss der vorgezogenen Eignungsprüfung an die 3 geeignetsten Bewerber, sofern diese Zahl insgesamt erreicht wird. Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 7 Nummer 3 Buchstabe c VOL/A (II) abzugeben.

Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 19 VOL/A (I).

Hamburg, den 3. April 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

339

Gerichtliche Mitteilungen**Zwangsversteigerung**

616 K 16/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Koggenweg 24, 21129 Hamburg belegene, im Grundbuch von Hasselwerder Blatt 1269 eingetragene Erbbaurecht an dem 335 m² großen Flurstück 2868, durch das Gericht versteigert werden.

Erbbaurecht mit einer Laufzeit von 99 Jahren ab dem 24. Januar 1972. Zweigeschossiges, nicht unterkellertes Reihenhäuser. Baujahr etwa 1985. Laut Bauakte: Erdgeschoss mit Wohnzimmer, Küche, Gäste-WC und Hausanschlussraum. 1. Obergeschoss mit drei Räumen, Abstellraum und Bad. Dachgeschoss vermutlich ausgebaut. Wohnfläche etwa 152 m². Garage auf Gemeinschaftsfläche. Eine Innenbesichtigung der Immobilie hat nicht stattgefunden. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 150 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 28. Mai 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. Juni 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. April 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

340

Zwangsversteigerung

717 K 32/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Ziesenißstraße 33 belegene, im Grundbuch von Wandsbek Blatt 10476 eingetragene 505 m² große Grundstück (Flurstück 3448), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist einem eingeschossigen, nicht unterkellerten Einfamilienhaus bebaut, Baujahr vermutlich 2007. Die Wohnfläche beträgt laut Bauunterlagen etwa 165,5 m². Beheizung vermutlich über Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung zentral über Heizung. Eine Innenbesichtigung

wurde dem Gutachter nicht ermöglicht. Die Nutzungsverhältnisse sind unklar, vermutlich wird das Objekt zu Wohnzwecken durch den Verfahrensschuldner genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 525 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 12. Juni 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 3. August 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die

Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. April 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717 341

Zwangsversteigerung

717 K 42/12. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Neuköllner Ring 18 belegene, im Erbbaugrundbuch von Altrahlstedt Blatt 5522 eingetragene Erbbaurecht an dem 238 m² große Grundstück (Flurstück 3830) durch das Gericht versteigert werden.

Das Erbbaurechtsgrundstück ist bebaut mit einem Zweigeschossigen, vollunterkellerten Endreihenhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Baujahr etwa 1962. Die Wohnfläche beträgt etwa 95 m², Beheizung über Fernwärmezentralheizung. Laut Gutachten unmodernisiertes, aber sehr gepflegtes Gebäude. Das Erbbaurecht ist bis zum 31. De-

zember 2044 bestellt. Zur Veräußerung und Belastung ist die Zustimmung der Erbbaurechtsausgeberin erforderlich. Zum Zeitpunkt des Ortstermins wurde das Objekt durch die Wohnberechtigte genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 167 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 19. Juni 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 1. Oktober 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehör entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. April 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717 342

Sonstige Mitteilungen

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz Gemeinschaft
 Postanschrift:
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Sekretariat Abt. Warenwirtschaft V4
 Telefon: +49/40/8998-2480
 Telefax: +49/40/8998-4009
 Zu Händen von Frau Roy
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n)
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Öffentlich geförderte Stiftung privaten Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Forschung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 EO010-13 „Lieferung von Flüssig Helium 5.0 in Containern auf Abruf für das DESY Gelände, Standort Hamburg“
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
 Lieferauftrag
 Kauf
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Lieferung von Flüssig Helium 5.0 in Containern mit handelsüblichen Flüssigkupplungen an zwei

Anlieferstellen auf dem DESY-Gelände in Hamburg. Reinheit/Qualität: größer/gleich 5.0. Die Lieferung erfolgt werktags innerhalb von 14 Kalendertagen nach telefonischem Einzelabruf bei einer kostenfreien Entladungszeit von 24 Stunden. Wird die Endladungszeit aus Gründen, die DESY zu vertreten hat, überschritten, so kann der Auftragnehmer pro Tag einen Mietpreis in Rechnung stellen. Die Liefermenge je Abruf beträgt zur Zeit maximal 26.000 ncbm.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
Hauptgegenstand: 24111300
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Voraussichtliche Liefermenge: 72.000 für beide Lose für ein Jahr.
- II.2.2) Angaben zu Optionen
Optionen: Ja
Vertragslaufzeit: 1. Oktober 2013 bis 30. September 2014 mit jährlicher Optionswahrnehmung für weitere 3 Vertragslaufzeiten, wenn die beauftragten Leistungen ordnungsgemäß durchgeführt worden sind. Vertragslaufzeiten jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September des darauf folgenden Jahres.
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 1. Oktober 2013
Abschluss: 30. September 2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kationen und Sicherheiten:
Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Entfällt
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregisterauszug. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 6 EG VOL/A (Verurteilung nach §§ 129, 129a, 129b StGB; § 261 StGB; § 263 StGB; § 264 StGB; § 334 StGB; Art. 2 §§ 1 oder 2 IntBestG und § 370 AO) nicht vorliegen.
- Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung mit Nennung des Versicherungsumfanges und der Höchsthftungssummen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Erklärungen über den Umsatz des Unternehmens im Bereich kryogene Gase, bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Nachweis eines Qualitätssicherungssystems nach ISO9001 oder gleichwertig.
- Analysenzertifikat mit Angaben der Restverunreinigungen für Flüssig Helium 5.0.
- Darstellung/Beschreibung wie ein kontinuierlicher Zugriff auf Helium für DESY sichergestellt werden kann.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

608

Freitag, den 12. April 2013

Amtl. Anz. Nr. 29

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
EO010-13

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 21. Mai 2013.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 27. Mai 2013

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 1. Oktober 2013

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 28. Mai 2013

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der Anbieter hat die Möglichkeit sich vor Angebotsabgabe über die örtlichen Gegebenheiten zu informieren.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
3. April 2013

Hamburg, den 3. April 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 343

Öffentliche Ausschreibung der Hamburger Wasserwerke GmbH

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 16/13

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 1620 m Leitungen, hauptsächlich im Spülbohrverfahren, in den Straßen Horner Landstraße u. a., Straßen in Hamburg-Horn und zwar

250 m DN 80 GGG Zm PE

380 m DN 100 GGG Zm PE

850 m DN 200 GGG Zm PE

10 m DN 800 GGG Zm PE

sowie 120 m DN 25-50 Cu bzw. PE

5 m DN 80 GGG Zm PE

5 m DN 100 GGG Zm PE

Anschlussleitungen

Geplanter Ausführungsbeginn: Juni 2013

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge und pe; DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 302, Gruppe GN 2 oder entsprechende Referenzen für das Spülbohrverfahren.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 15. April 2013 bis zum 26. April 2013 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,- Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, 20539 Hamburg, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden, gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 30. April 2013 um 9.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.003, 20539 Hamburg.

Hamburg, den 8. April 2013

Hamburger Wasserwerke GmbH 344